

Wirtschaftsfreundlich sind wir alle : aber politikfreundlich?

Autor(en): **Marti, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **72 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341089>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirtschaftsfreundlich sind wir alle - aber politikfreundlich?

Wer wie ich als Nicht-SP-Mitglied den Streit um das wirtschaftspolitische Programm der SPS aus Distanz verfolgt, er tappt sich zuweilen bei der Frage, worum es dabei überhaupt geht. Was erklärt die Leidenschaft, die in zahlreichen Stellungnahmen zum Ausdruck kommt? Steht die Zukunft des Sozialismus auf dem Spiel?

Urs Marti

Haben die AutorInnen mit ihrer Aussage, in den kommenden zwölf Jahren stehe die Überwindung des Kapitalismus in den entwickelten Industrieländern absehbar nicht auf der Tagesordnung, das sozialistische Ideal verraten? Verfügen die KritikerInnen über ein alternatives Konzept, das einer systemüberwindenden Politik als Leitbild dienen könnte? Gemäss welchen Kriterien lässt sich beurteilen, ob radikale Reformen tatsächlich an den Wurzeln des Kapitalismus ansetzen? Die Debatte, die nun während Monaten die Gemüter erhitzt hat, beweist zwar, dass trotz der jüngsten Weltgeschichte die Sorge um eine nicht-kapitalistische und nicht-patriarchale Zukunft auch hierzulande noch Menschen zu bewegen vermag. Die Ausarbeitung des Wirtschaftsprogramms einer schweizerischen Regierungspartei ist aber vielleicht nicht ganz der geeignete Anlass, um — im guten Wortsinn — weltbewegende Fragen zu stellen, für die es gegenwärtig weltweit keine befriedigenden Antworten gibt.

Wie im Märchen tönte es jüngst aus der „Weltwoche“ (17.2.94): „Nein, nein, nein, der Sozialismus ist nicht tot.“ Milton Friedman belehrte das Schweizer Publikum, die Schweiz sei „mindestens zur Hälfte sozialistisch“. Wer nicht an Mär-

chen glaubt, wird es den AutorInnen des Entwurfs zugutehalten, dass sie darauf verzichtet haben, ihre Ziele als Sozialismus zu deklarieren. Der Vorwurf des Verrats an der Sache des Sozialismus ist schon deshalb absurd, weil die SPS als Regierungspartei in den vergangenen Jahrzehnten weder die Absicht verfolgt noch gar die Macht besessen hat, den Kapitalismus durch eine andere Wirtschaftsordnung zu ersetzen. Parteiinterne KritikerInnen des Programms, die das Ziel einer neuen Gesellschaft nicht aus den Augen verloren haben (etwa W. Spieler in „Neue Wege“ 11/93), vertrauen offenbar auf Grundwerte wie Gemeinschaft, Solidarität, Identität. Der im Namen eines ethischen oder religiösen Sozialismus formulierte Protest gegen sozialdemokratischen Pragmatismus argumentiert mit Bekenntnissen - neue Möglichkeiten sozialistischer Politik benennt er sowenig wie der Entwurf. Aus marxistischer Sicht ist die Überwindung des Kapitalismus nicht eine Frage der Ethik, sondern der Politik, der Neuverteilung von Macht; ich werde mich deshalb auf diesen Aspekt konzentrieren.

Gerade im Hinblick auf eine neue Definition der Beziehung von Politik und Ökonomie scheint das Programm interessante Vorschläge zu enthalten. Kein Bereich der Gesellschaft dürfe von der Demokratisierung ausgenommen werden, so heisst es gleich zu Beginn. Die Forderung tönt im aktuellen ideologischen Klima wagemutig. Dass die Logik des Kapitals sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen muss, ist eine schwerwiegende und im Urteil der liberalen Orthodoxie unzumutbare Aussage. Diese Schule plädiert hartnäckig und seit 1989 mit wachsendem Selbstbewusstsein für ein von po-

litischen Kontrollen möglichst unangetastetes Eigenleben des Marktes. Provozieren muss sie schon der erste Reformvorschlag, die Forderung nach staatlicher Industrie- und Technologiepolitik. Solche Forderungen sind in der heutigen politischen Landschaft der Schweiz keineswegs „mehrheitsfähig“.

Neoliberale Intellektuelle stellen heute immer unverblümt die Frage, ob Demokratie für die Marktwirtschaft unerlässlich sei. Auf der anderen Seite zeigt ein Blick auf die zeitgenössischen Diskussionen im linksliberalen, sozialdemokratischen, grünen und „postkommunistischen“ Lager, wie gross die Bereitschaft geworden ist, den Bereich der Ökonomie von Demokratisierungs-Forderungen auszunehmen und seine internen „Gesetze“ als unveränderlich zu akzeptieren. Die AutorInnen beziehen daher Stellung, wenn sie auf dem Programm radikaler Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche beharren. Während jedoch über Industrie-, Technologie- und Bildungspolitik manch Konkretes zu erfahren ist, begnügen sie sich im Abschnitt DI7 mit unverbindlichen Andeutungen. Wie demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik aussehen könnte, versteht sich heute eben nicht von selbst. „Es gibt absehbar kaum gesellschaftliche Gestaltung und politisch-demokratische Kontrolle von Technik“, so war im analytischen Teil bereits zu erfahren (B2). Sind die „radikalen“ Vorschläge möglicherweise nicht ganz ernst gemeint? Leider wird der ganze Fragenkomplex nur unter dem Stichwort „Standortvorteil“ abgehandelt.

An dieser Stelle sei ein Exkurs zum Technokratie-Vorwurf erlaubt. Man verdrängt heute gerne die Tatsache, dass sich die Visionen der Linken bislang noch fast immer vom Vertrauen in den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt genährt haben. Ebenso wird leicht vergessen, dass das inflationär gebrauchte Wort vom tech-

nokratischen Machbarkeitswahn zuweilen ähnliches bezeichnet wie der für die konservativ-liberale Rhetorik zentrale Begriff des politischen Machbarkeitswahns, mit dem linke Strategien belegt werden. Vollends lächerlich wirkt es, wenn die AutorInnen einem „Bubentraum“ stattgeben und sich dann mit dem Wort „Machbarkeitsideologien“ gleich selbst bestrafen (DXI7). Man möchte ihnen empfehlen, zu ihren Träumen zu stehen oder davon zu schweigen.

Welches Vertrauen setzt die SPS in den Markt? Der Abschnitt C5 trägt zur Beantwortung dieser Frage wenig bei. Die SP ist wie die Grünen und andere linke Kräfte marktgläubig geworden. Wer wollte ihr das verübeln, wenn schon ein marxistischer Autor wie Altvater jetzt die Ansicht vertritt, der Markt entlaste die sonst hoffnungslos überlasteten Individuen? Das Problem liegt freilich darin, dass viele Linke heute wie die Liberalen die ökonomische Wirklichkeit mit der Ideologie des Marktes, wie sie von Smith bis Hayek formuliert worden ist, verwechseln. Wie „ein Blick in die Wirklichkeit“ lehrt, gab es zwar immer schon Märkte, nie jedoch die von der Theorie so idyllisch gezeichnete spontane Koordination individueller interessegeleiteter Aktionen. In der real existierenden kapitalistischen Marktwirtschaft stösst man auf mehr oder weniger durchsetzungskräftige Interessengruppen, die die „Regeln“ des Marktes definieren. Deshalb wirkt es immer ein wenig naiv, wenn sich linksgrüne Kräfte als VorkämpferInnen von mehr Markt zu profilieren suchen. Es mag rhetorisch geschickt sein, die Internalisierung ökologischer Folgekosten als Vorbedingung einer reineren Marktwirtschaft zu fordern; dass die kapitalistische Marktwirtschaft überhaupt nur funktionsfähig ist, weil es ihr gelungen ist, gigantische soziale und politische Folgekosten zu externalisieren, sollte dabei freilich nicht vergessen werden.

Ein weiterer Exkurs: Was die Marxsche mit bestimmten Richtungen der feministischen Ökonomie-Kritik verbindet, ist die Einsicht, dass nicht die Gesetze des Marktes, sondern jene der Produktion einschliesslich der Formen der Integration von Menschen in Produktionsprozesse sowie die Art und Weise der Abgeltung ihrer Leistung eine Wirtschaftsordnung definieren. Die Programm-AutorInnen bleiben dagegen einem konventionellen Ökonomie-Verständnis verhaftet. Es ist hier wieder einmal daran zu erinnern, dass die Marxsche Kritik nicht primär der Marktwirtschaft gilt, sondern der Selbsttäuschung der wirtschaftlichen Akteure. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist eben nur in ihrer Ideologie ein Vertragsverhältnis zwischen Freien und Gleichen, in der Realität hingegen ein Herrschaftsverhältnis, das auf Nichtbezahlung eines Teils der Arbeitsleistung beruht. Fairerweise muss freilich auch angemerkt werden, dass sich radikale Ökonomiekritik, dies lehrt die historische Erfahrung, kaum in Parteiprogramme übersetzen lässt. Ihr wichtigstes Anliegen ist ja nicht gerechtere Bezahlung, sondern die Abschaffung der Abhängigkeitsverhältnisse, die Verwirklichung von Gleichheit, die Neudefinition der Spielregeln. Linke Wirtschaftspolitik strebt dagegen die Erweiterung politischer Kontrollmöglichkeiten über wirtschaftliche Entscheidungen und Entwicklungen an. Zwar lassen sich beide Ziele nur abstrakt unterscheiden, dennoch wäre eine differenziertere Diskussion entsprechender Probleme für den Programstreit hilfreich gewesen.

Vom „Klassenkampf von oben“ ist einmal kurz die Rede (C7). Angesichts jüngerer Entwicklungen erstaunt solche Knappheit. Heute wird mit dem Argument, Arbeitslosigkeit sei eine Folge zu hoher Löhne, ideologisch massiv aufgerüstet. Die unsichtbare Hand von Adam Smith habe den Gesellschaftsvertrag zerrissen, weil sie es nötig habe, die Kosten der Arbeit zu senken, so lautet zur Zeit die zynische Devise des Klassenkampfes von oben. Dabei geht es eben nicht mehr nur um die Lohnkosten, sondern um den politischen Konsens, um die Form der Demokratie. Eine linke Partei sollte von solchen „Trends“ nicht schweigen und in ihrem Eifer für mehr Wettbewerb und Transparenz auch nicht so tun, als ginge es allen Kräften letztlich um das gleiche Ziel einer florierenden nationalen Wirtschaft. Die von Hans Schäppi erhobene Anklage, der Entwurf habe eine nationalkorporatistische Stossrichtung („Widerspruch“, 26/1993), trifft ins Schwarze. Wirtschaftsfreundlich - wer ist das nicht? Die rhetorische Anstrengung ist überflüssig. Wichtig wäre ein Hinweis darauf, dass wirtschaftliche Lobbies gerade in Zeiten verschärfter Umverteilungskämpfe zunehmend politikfeindlich werden, wie sich eben wieder in der Gleichstellungsdebatte gezeigt hat, und dass der Begriff Wirtschaft, wo er gegen das Politische ausgespielt wird, zutiefst ideologisch ist.

Urs Marti ist Redaktionsmitglied der
"Roten Revue"